



Manu Friedrich



Philippe Perrenoud, Bernhard Pulver, Barbara Egger-Jenzer und Andreas Rickenbacher kandidieren 2014 erneut für den Regierungsrat.

Gemeinsam für einen starken und lebenswerten Kanton Bern

Das rot-grüne Quartett will seine reformorientierte Politik im Interesse des ganzen Kantons fortführen.

An einer gemeinsamen Medienkonferenz am 13. August haben die vier rot-grünen Regierungsmitglieder bekannt gegeben, dass sie weiterhin motiviert sind, sich für eine erfolgreiche Entwicklung des Kantons Bern einzusetzen. Weil es gerade in schwierigen Zeiten eine Regierung mit sozialem Augenmass und mit Erfahrung braucht, wollen sie alle am 30. März 2014 die rot-grüne Regierungsmehrheit verteidigen. Die Parteileitungen von SP und Grünen sind darüber sehr erfreut und überzeugt, dass die Wiederwahl gelingen wird.

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer ist sicher, dass es die rot-grüne Regierung in der schwierigen finanziellen Lage des Kantons mehr denn je braucht: «Die Angebots- und Strukturüberprüfung darf nicht einseitig auf dem Buckel der Schwächsten ausgetragen werden. Und trotz Spardruck müssen wir in unsere Zukunft investieren.»

Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud verweist auf die zahlreichen Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Viele Menschen haben ihn aufgefordert, noch einmal anzutreten. «Gegenüber diesen Personen fühle ich mich verpflichtet. Sie wünschen, dass wir unsere reformorientierte Regierungspolitik fortsetzen und im Geiste der Solidarität Akzente setzen.»

Erziehungsdirektor Bernhard Pulver sprach von einer erfolgreichen Beruhigung in der Bildungspolitik: Anstehende und beschlossene Reformen würden sorgfältig umgesetzt – neue strukturelle Projekte stünden kaum an: «Für die nächsten Jahre ist es mein zentrales Ziel, der Bildungswelt zu ermöglichen, dass sich Unterrichtende auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.»

Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher begründete seine Motivation mit dem «Zukunftspotenzial, das ich in unserem Kanton sehe, und für das ich mich noch einmal voll einsetzen will.» So solle beispielsweise der starke Medizinalstandort weiterentwickelt und das Potenzial in anderen Bereichen ausgeschöpft werden: «Den Kanton besser zu positionieren, das ist meine Motivation.»

Die Parteipräsidenten der SP und der Grünen freuen sich über die Wiederkandidatur ihrer Regierungsmitglieder und steigen mit Zuversicht in diese Wahlkampagne. Denn auch die Bevölkerung weiss die ausgezeichnete und sachliche Arbeit von Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Bernhard Pulver und Andreas Rickenbacher zu schätzen, wie ihre gute Wiederwahl 2010 zeigte.

TSCHOU

Widerstand gegen Abbaupläne

Menschen mit einer Behinderung, psychisch Kranke und Pflegebedürftige wären stark betroffen vom Abbau, welcher im



Kanton Bern zur Debatte steht. Unser Widerstand zugunsten der Schwächeren und der Bildung wird die Arbeit der SP in den kommenden Monaten prägen. Bereits im Juni haben wir in offenen Briefen Anträge gegen

den Abbau in Heimen, bei der Spitex, den Krankenkassenprämien-Verbilligungen und der Berufsbildung angekündigt. Wir suchen die Unterstützung der Bernerinnen und Berner, welche einen solidarischen und lebenswerten Kanton Bern wollen. Viele Einzelpersonen haben sich bereits in Leserbriefen gegen den Abbau gewehrt. Offenbar wissen aber nur wenige, wie es zu den Abbauvorschlägen gekommen ist. Mit Steuersenkungen haben SVP, BDP, FDP und GLP dem Kanton viel Geld entzogen. Deshalb schlägt der Regierungsrat vor, die Ausgaben in vielen Bereichen auf 92 Prozent des Schweizer Durchschnitts zu senken, das heisst: klar weniger Service public für BernerInnen als für andere SchweizerInnen.

Woher soll das Geld kommen ohne Abbau? Unsere Alternative ist die vehemente Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch den Einsatz von SteuerinspektorInnen. Bis das zu den nötigen Mehreinnahmen führt, verhilft eine zeitlich befristete Erhöhung der kantonalen Steueranlage um zwei Zehntel, also ein teilweises Rückkommen auf die Steuersenkungen, zu einem ausgeglichenen Budget.

Ob der Kanton Bern den Wohlstand und eine gute Bildung für alle erhalten kann, hängt von den Wahlen im März 2014 ab. Wir brauchen dringend wieder mehr Sitze im Grosse Rat, damit keine bürgerliche Mehrheit den Kanton zum Abbau bei den Schwächeren und in der Bildung zwingen kann.

Roland Näf, Grossrat, Parteipräsident SP
Kanton Bern

Unklare Zukunft von Mühleberg

Das AKW Mühleberg soll bis 2017 nachgerüstet werden, ansonsten muss es vom Netz. Die Zukunft des Atomreaktors ist aber unklarer denn je. Hierzu trägt neben kürzlichen Bundesgerichtsentscheiden und der ambivalenten Haltung von BKW und zuständigen Behörden auch die politische Situation im Kanton Bern bei.

Bundesgericht beurteilte Sicherheit nicht
2013 urteilte das Bundesgericht (BGer) über zwei Beschwerden gegen das AKW Mühleberg. Diese waren von Privaten mit Unterstützung des Vereins Mühleberg-Verfahren eingereicht worden.

Im März gab das Bundesgericht dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) Recht, welches Ende 2009 dem AKW Mühleberg eine unbefristete Betriebsbewilligung erteilt hatte, und verurteilte die Beschwerdeführenden zu immensen Kosten. Das BGer ging dabei auf Sicherheitsfragen nicht ein. Weiter urteilte das BGer, allein das ENSI sei für die Sicherheitsprüfung bei den AKW zuständig – eine klare Absage an das 4-Augen-Prinzip bei der Sicherheitsüberprüfung. Im Juni 2013 hingegen gab das Bundesgericht den Beschwerdeführenden Recht, welche kurz nach dem GAU von Fukushima vom UVEK die «materielle Überprüfung der Betriebsbewilligung des AKW» verlangt hatten. Wie die Überprüfung ablaufen muss, wurde vom BGer aber nicht festgelegt, und den Beschwerdeführenden und dem Verein Mühleberg-Verfahren wurde bisher der Zugang zu den Akten des AKW verweigert.

Nachrüstungen bis 2017 verlangt

Unklarheit herrscht auch bezüglich der Umsetzung der Nachrüstungen des AKW Mühleberg. Ende 2012 hatte das Eidg. Nuklearsicherheitsinstitut (ENSI) von der Betreiberin BKW bestimmte Nachrüstungen bis 2017 verlangt. Dies, nachdem das ENSI der BKW immer wieder Aufschub bezüglich Sicherheitsmassnahmen

Jürg Joss



Der Stacheldraht rund um das AKW Mühleberg schützt zwar das AKW, nicht aber die Anwohner.

gewährt hatte. Die BKW hat beim ENSI den Umsetzungsplan für die Nachrüstungen inzwischen eingereicht. Ob diese tatsächlich umgesetzt werden, bleibt allerdings unsicher. So hat das UVEK erst kürzlich verfügt, dass die BKW ein Baubewilligungsverfahren für die Nachrüstungen durchzuführen hat.

Initiative «Mühleberg vom Netz» hängig

Die Unsicherheit über die Zukunft des AKW Mühleberg hängt auch mit der politischen Situation im Kanton Bern zusammen. Dort ist die Initiative «Mühleberg vom Netz», welche die sofortige Abschaltung des AKW verlangt, weiterhin hängig. Der Regierungsrat hat inzwischen einen Gegenvorschlag entworfen und wird diesen nach abgeschlossener Vernehmlassung dem Grossen Rat des Kantons Bern vorlegen. Wann die Berner Stimmbewohner

über die Initiative und einen allfälligen Gegenvorschlag abstimmen darf, ist unklar. Bürgerliche versuchen Initiative und Gegenvorschlag zu diskreditieren. Die BKW muss vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung die geforderten Nachrüstungen des AKW Mühleberg betriebswirtschaftlich abschätzen. Ob das AKW Mühleberg noch lange genug in Betrieb sein wird, um allfällige Investitionen zu amortisieren, ist fraglich.

Unklare Energiezukunft

Die Energiediskussion im Kanton Bern wird durch die kürzlichen Entscheide des Bundesgerichts, die unklare Position der BKW und die zwiespältige Haltung des ENSI weiter angeheizt werden. Auch die Unsicherheit, ob und allenfalls wann wir über die Initiative «Mühleberg vom Netz» abstimmen werden, trägt hierzu bei. Dabei ist schon jetzt klar: Für allfällige Fehlentscheide in der Atompolitik wird nicht die BKW oder eine bestimmte Behörde, sondern die gesamte Berner Bevölkerung bezahlen müssen.

UNTERSTÜTZEN SIE DEN VEREIN MÜHLEBERG-VERFAHREN!

Dem Verein Mühleberg-Verfahren sind durch die Verfahren vor Bundesgericht enorme Kosten erwachsen. Er will sich allerdings deswegen nicht mundtot machen lassen! Unterstützen Sie deshalb die AnwohnerInnen im Kampf gegen das AKW Mühleberg mit einer Mitgliedschaft oder Spende!

Mitglied werden: muehleberg-verfahren.ch

Mühleberg-Verfahren/Mühleberg-illimite-non, Postfach 6307, 3001 Bern,

Spenden: Comité Non à la prolongation de la centrale nucléaire de Mühleberg, 1000 Lausanne, PC-Konto 10-737992-7



Jürg Joss, Automationstechniker, Präsident Muehleberg-Verfahren, Gemeinderat Bätterkinden (SP).

Alles raus für 1:12!

Am 24. November 2013 stimmen wir über die 1:12-Initiative der JUSO ab. Im laufenden Abstimmungskampf ist die Mitarbeit aller Genossinnen und Genossen gefragt, besonders im Kanton Bern.

Die meistdiskutierte Initiative der letzten Jahre kommt in wenigen Monaten zur Abstimmung. Und unsere Erfolgchancen sind absolut intakt! Bei 1:12 geht es aber nicht nur um den Abstimmungssieg, die Initiative rückt auch zentrale SP-Themen wie Lohngerechtigkeit und Demo-

te mit unserer Botschaft für anständige Löhne und eine gerechtere Wirtschaft zu erreichen.

Als Hauptstadt-Region steht der Kanton Bern besonders im Scheinwerferlicht, dem entsprechend grosse Bedeutung muss diesem in unserem Abstimmungskampf zukommen. Die JUSO plant daher zusammen mit Gewerkschaften und SP eine Vielzahl von Aktionen und Werbemassnahmen. Wir wollen in den kommenden Wochen im Kanton so viele 1:12-Plakate und -Fahnen wie möglich platzieren und die Themen Lohngerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie in den öffentlichen Raum und an die Arbeitsplätze tragen. Damit unsere Kampagne ein Erfolg wird, braucht es den Einsatz aller SP-Mitglieder und SympathisantInnen. Mit folgendem persönlichen Engagement kannst du den Abstimmungskampf unkompliziert und effektiv unterstützen:

■ **Lass dich informieren:** Besuche die 1:12-Kampagnenseite (<http://1-12.ch/>) und registriere deine E-Mail-Adresse, damit du regelmässig Informationen zu den nächsten Aktionen erhältst!

■ **Plakate, Fahnen und Poster:** An jeder Strassenecke soll mindestens ein 1:12-Plakat oder eine 1:12-Fahne zu sehen sein. Wenn du einen eigenen Garten hast, einen Balkon an einer

1:12 GEMEINSAM FÜR GERECHTE LÖHNE

krisierung der Wirtschaft in den öffentlichen Fokus. Die aktuelle Misere, ausgelöst durch die Bankenkrise 2008, steht in direktem Zusammenhang mit der masslosen Gier in den wirtschaftlichen Chefetagen. Die nun kommende heisse Phase bis zur Abstimmung sollten wir daher optimal nutzen, um möglichst viele Leu-

JUSO UND SP GEMEINSAM

Bei der laufenden Abstimmungskampagne zu 1:12 arbeiten JUSO und SP in vielen Bereichen eng zusammen. Hierzu gehören die 1:12-Bildungsmodule oder die gesamtschweizerische Fahnenaktion. Daneben werden sowohl JUSO wie SP eigenes Kampagnenmaterial produzieren (Plakate, Flyer etc.).

Kreuzung oder ein Fenster zur Autobahn: Bestelle noch heute bei der JUSO entsprechendes Material! (Kontakt Daten siehe unten)

■ **Briefe, Postkarten, Mails, «Briefchäschtele» und Leserbriefe:** Die beste Politik ist persönlich. Schreibe Briefe, Postkarten oder E-Mails an deine Bekannten. Kontaktiere die JUSO und erkläre dich bereit, vor der Abstimmung in deinem Quartier Abstimmungsunterlagen in die Briefkästen zu verteilen, oder mach an der entsprechenden Aktion deiner SP-Sektion mit. Und vergiss nicht, Leserbriefe zu schreiben, vor allem in den Lokalzeitungen.

■ **Rede mit deinem Umfeld:** Thematisiere die Lohnungerechtigkeit am Stammtisch, in der Kantine oder beim Familienfest: Es geht nicht darum, unbedingt recht zu behalten, sondern die guten Argumente für die Initiative weiterzugeben.

■ **Nimm an Aktionen teil oder organisiere selber welche:** Viele SP-Sektionen organisieren Anlässe im Vorfeld der Abstimmung. Frag bei deiner Sektion nach, was geplant ist. Aktionen machen umso mehr Spass, je mehr Leute mitmachen!

Kontakt zur JUSO

Neben dem Einschreiben auf der Website kannst du dich unter info@juso-be.ch mit deiner Idee oder Anfrage melden.

Mit 1:12 gehört die politische Bühne der Schweiz für zwei Monate fast ausschliesslich uns und unserem Abstimmungsthema. Gemeinsam können wir aus dieser kurzlebigen Aufmerksamkeit eine nachhaltige Wirkung erzielen. Dafür muss aber hinter dem Schlagwort 1:12 ein differenziertes, persönliches Engagement stehen: Deines!



Franz-Dominik Imhof, Arbeitsgruppe 1:12
JUSO/SP Biel-Bienne



SPITZE FEDER

Mass halten!

Wieder mal bin ich in den Ferien, während ich diese Kolumne schreibe. Leider hat weder die Zeit noch die Energie gereicht, um dies noch vorher zu erledigen. Auch wenn ich mich ärgere, dass ich quasi «Arbeit» mit in die Ferien nehmen und nun hier erledigen muss, ist es auch schön, hier zu sitzen, dem Rauschen der Palmbblätter und des Meeres zuzuhören und die Gedanken schweifen zu lassen. «Geniesst die Ferien»



wird überall gewünscht. Wir geniessen. Und schalten bewusst ab. Während ich darüber nachsinne, was ich in der Kolumne schreiben will, verwerfe ich die Ideen und mache mir lieber Gedanken – Gedanken darüber, warum ich mich ärgere, ehrenamtliche Arbeiten mit in die Ferien genommen zu haben, und dadurch das Gefühl habe, die Ferien weniger geniessen zu können. Gleichzeitig versuche ich, mein Denken und Verhalten in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen. Die Lebensart «Chrampfe wie verrückt bis zum letschte Tag und nür abschaute und gniesse!» passt in unsere Leistungsgesellschaft. Abschalten ist sicher gut und gesund. Und auch Arbeit ist für den Menschen wichtig, weil sie Struktur, Herausforderung und Bestätigung gibt. Nur: Wir übertreiben vermehrt beides dank anhaltendem Leistungsdruck. Irgendwann können und wollen wir die vielen «Opfer» dieses Systems nicht mehr hinnehmen und bezahlen. Irgendwann findet hoffentlich ein Umdenken statt. Hin zu Arbeiten mit Mass und Erholung mit Mass. Work-Life-Balance heisst ja scheinbar das Modewort dazu. Oder einfach mehr Ferien während der Arbeit und mehr Arbeit in den Ferien. So seltsam das jetzt tönt. Würde dieses Denken mein Fühlen bestimmen, würde wohl der zweite Satz der Kolumne nicht mit «Leider...» beginnen, sondern eher lauten: «Zum Glück habe ich hier in den Ferien Zeit und Energie, in dieser tollen Ferienstimmung diese Kolumne schreiben zu dürfen.»

Priska Grütter, 26, ist Sozialarbeiterin und Mitglied der SP Langenthal

Aktiv in der SP Kanton Bern

In der SP stehen Interessierten mehrere Fachgruppen und Kontaktpersonen zu einzelnen Themenbereichen zur Verfügung. Melde dich direkt bei sekretariat@spbe.ch, um die nötigen Einladungen und Kontaktinformationen zu erhalten. Fehlt dein Thema, so kannst du als Parteimitglied die Bildung einer eigenen Gruppierung für ein Thema oder Projekt bei der Geschäftsleitung beantragen.

Aktuell bestehen folgende Gruppierungen und Kontaktpersonen:

■ Fachausschuss Bildung

Béatrice Stucki und Irene Hänsenberger

Der FA Bildung beschäftigt sich mit aktuellen bildungspolitischen Fragestellungen und legt Positionen der SP zu Bildungsthemen fest. Er setzt sich mit pädagogischen Visionen der SP auseinander und formuliert dazu Positionspapiere. Der FA Bildung trifft sich jeweils am Dienstag vor den Sessions um 18 Uhr zu regelmässigen Sitzungen.

■ Fachausschuss Soziales und Gesundheit

Andrea Lüthi und Margreth Schär

■ Fachausschuss Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion/Polizei- und Militärdirektion/Justiz

Adrian Wüthrich, Géraldine Kipfer, Jürg Bähler
Diskutiert Themen aus den Direktionen JGK und POM sowie aus dem Bereich der Justiz (Gerichtsbarkeit/Staatsanwaltschaft). Dabei geht es um die Beratung der Grossratsmitglieder sowie um die Erstellung von Vernehmlassungen.

■ Arbeitsgruppe SPowers Bern (Energie)

Andreas Hofmann und Jürg Joss

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit den aktuellen Herausforderungen der Energiewende insbesondere im Kanton Bern und der Abschaltung des AKW Mühleberg.

Politische Beteiligung von Menschen mit Behinderung

Béatrice Stucki

Adieu, Cécile

Mit grosser Bestürzung hat das Leitungsgremium der SP Frauen Kanton Bern vom Hinschied ihres Mitglieds Cécile Liliane Schärer-Nguiamba Kenntnis genommen. Sie erlag ihrer Krebskrankheit anlässlich eines Besuchs in ihrem Heimatland Kamerun. Als Mitglied des Leitungsgremiums der SP Frauen Kanton Bern hat sich Cécile aktiv für Frauenanliegen einge-



setzt und mit grossem Engagement an der Frauenwahlkampagne bei den Nationalratswahlen 2011 teilgenommen. Wir werden Cécile Liliane sehr vermissen. Mit ihr verlieren wir eine grosse «Brückenbauerin», die sich mit viel Herzblut für benachteiligte Frauen einsetzte, insbesondere für Migrantinnen. Den Angehörigen sprechen wir unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

*Für das Leitungsgremium der SP Frauen Kanton Bern
Barbara Stalder, Präsidentin*

ROTES BRETT

KULTURZENTRUM CHRÄMERHUUS LANGENTHAL

Konzert, Theater, Film, Comedy und Ausstellungen – der Kulturverein Chrämerhuus präsentiert seit über 35 Jahren ein vielfältiges Kulturprogramm, das in seiner Gesamtheit einzigartig ist in der Region. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Hinweise zu aktuellen Veranstaltungen finden sich auf der Webseite des «Chrämerhuus», www.chraemerhuus.ch/.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch

AGENDA

Parteitag

27. November 2013, 19 Uhr,
im Hotel Bern, Bern

Alle Termine

www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern,
Postfach 1096, 3000 Bern 23,
Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
9. September 2013